

Schriftliches Grußwort des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland Olaf Scholz, MdB, anlässlich der Vorstellung der Vermächtnisstudie am 23. Mai 2023 in Berlin

Über Ihren Erfolg als US-Verfassungsrichterin hat Ruth Bader Ginsburg im Jahr 1993 gesagt: „Ich habe das große Glück mein Leben mit einem Mann zu teilen, der glaubt, dass die Arbeit einer Frau – sei es zuhause oder im Job – genau so wichtig ist, wie die eines Mannes.“

Dreißig Jahre später ist die Haltung von Martin Ginsburg auch in unserem Land mehrheitsfähig: Das Interesse von Frauen und Männern daran, die Erwerbs- und Sorgearbeit in Partnerschaften fair aufzuteilen, ist nahezu gleich stark ausgeprägt. Das belegt die aktuelle Erhebung der Vermächtnisstudie von der ZEIT, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Kooperation mit der Initiative Chef:innensache:

Die Zahlen zeigen aber auch, dass dieses Ideal leider immer noch zu selten Realität ist. Als Grund dafür wird häufig genannt, dass es zu viele finanzielle Nachteile gäbe, wenn Männer sich gleichermaßen in der Familie engagieren wollten. Und Vorbehalte gegenüber denjenigen, die genau das für ihre Familien tun.

Solche Vorbehalte kann eine Gesellschaft nur gemeinsam überwinden. Die Politik aber kann Voraussetzungen schaffen, damit die Gleichberechtigung schneller vorankommt.

Das tun wir.

Durch bessere, ganztägige Betreuungsangebote in Kitas, aber auch in den Grundschulen sorgen wir dafür, dass Mütter und Väter Berufstätigkeit und Familie leichter in Einklang bringen können. So stellt der Bund eine Milliarde Euro für weitere 90.000 Kita-Plätze zur Verfügung und unterstützt die Länder bis 2024 mit bis zu vier Milliarden Euro. Auch beim Ganztagsausbau beteiligt sich der Bund umfangreich an den Investitionskosten der Länder.

Wir entlasten Familien in unserem Land. Einen bedeutenden Schritt sind wir mit der Erhöhung des monatlichen Kindergeldes auf 250 Euro und des Kinderzuschlags gegangen. Auch die Steuerentlastung für Alleinerziehende haben wir ausgebaut. Mit der Kindergrundsicherung werden wir dafür sorgen, Kinderarmut in unserem Land hinter uns zu lassen.

Wer die gleiche Arbeit macht, muss auch gleich viel verdienen – egal ob Mann oder Frau. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Februar klargestellt. Und das ist richtig. Deshalb haben wir das Entgelttransparenzgesetz und werden die Handlungsmöglichkeiten ausbauen, die es bietet.

Auch bei uns selbst setzen wir an. Unser Ziel ist es, dass bis Ende 2025 ebenso viele Frauen wie Männer Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Bundes innehaben.

All das tun wir, um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen endlich zu erreichen. Ohne Abstriche. In allen Bereichen. Damit erfolgreiche Karrieren, wie die von Ruth Bader Ginsburg, nicht das Glück von Einzelnen bleiben.